

Die gemeinsame Währung

Mit einer gemeinsamen Währung sollte die Integration der Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union weiter vorangetrieben werden – das wiedervereinte Deutschland sollte noch stärker an die anderen EU-Staaten gebunden werden. Das war, wie schon zur Zeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, am besten auf wirtschaftlichem Wege zu erreichen. Europa sollte einen gemeinsamen Binnenmarkt bekommen, in dem auch mit der gleichen Währung bezahlt wird.

Der Name:

Weil der anfängliche Begriff ECU, European Currency Unit, als zu technisch und unpersönlich erschien, wurde beschlossen, die Währung »Euro« zu nennen, nachdem alle anderen Vorschläge vom Europäischen Gulden über Euro-Mark bzw. Euro-Franc gescheitert waren.

Die Umsetzung:

Nach erfolglosen Versuchen, bereits in den frühen 70er-Jahren eine gemeinsame europäische Währung zu entwickeln, wurde 1979 die Europäische Einheitswährung (ECU) eingeführt, um Währungsschwankungen auszugleichen. Bis auf einige Sondermunzen gab es von dieser bloßen Verrechnungswahrung allerdings kein Bargeld. Den entscheidenden Impuls erhielt die Reform aus der Wiedervereinigung Deutschlands. Kanzler Helmut Kohl stimmte dem französischen Plan einer gemeinsamen Währung zu und Frankreich akzeptierte im Gegenzug die Vereinigung von BRD und DDR. Ab dem 1. Juli 1990 wurde der freie Kapitalverkehr zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft ermöglicht, am 1. Januar 1999 wurde die Europäische Zentralbank (EZB) gegründet und die Wechselkurse zwischen nationalen Währungen und ECU festgelegt. Ab diesem Zeitpunkt notierten alle Banken ihre Posten in Euro, bis im Dezember 2001 schließlich die ersten Euro-Münzen ausgegeben wurden. Seit dem 01.01.2002 ist der Euro die gültige Währung in den beteiligten Ländern. Damit war die Reform aber nicht beendet, in regelmäßigen Abständen führten weitere EU-Mitglieder die gemeinsame Währung ein, zuletzt Estland im Jahr 2011.

Erfolge:

Die Hoffnung, dass durch die Einfuhung einer gemeinsamen Währung der Binnenmarkt belebt wird, hat sich bestätigt. Je nach Rechnung wird dem Euro ein Handelsplus von sechs bis 15 Prozent zugeschrieben. Auch die Inflation konnte von der EZB fast immer unterhalb der gewünschten zwei Prozent gehalten werden. Der Euro trug außerdem zur weiteren Integration der EU-Mitglieder bei und, auch das darf nicht unterschätzt werden, erleichtert das Reisen in andere Länder der Eurozone.

Misserfolge und Kritik:

Vor allem seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise stehen die Währung und ihre Organisation heftiger in der Kritik als je zuvor. Angefangen damit, dass Griechenland niemals die Kriterien erfüllt hat, um dem Euro beizutreten, bis hin zur Tatsache, dass sich kein einziges Land mehr an die Konvergenzkriterien hält. Diese sollten eigentlich sicherstellen, dass sich kein Land zu hoch verschuldet und damit das Gleichgewicht der Euroländer gefährdet. Mit der aktuellen Diskussion um eine Fiskalunion wird versucht, genau jene Fehler von damals zu beheben und der gemeinsamen Währung auch ein entsprechendes politisches Instrument zur Seite zu stellen.

[Re'foRm]

»sukzessive, planmäßige und gewaltlose Umgestaltung und Verbesserung bestehender Verhältnisse«

VON MICHAEL THURM MITARBEIT: ROBERT SCHUSTER

Es ist ziemlich klar, was eine gelungene Reform ausmacht: ein guter Plan, eine kontinuierliche Umsetzung und abschließende Freude über die Verbesserung. In der Steiermark regiert nun seit 2010 eine Regierung, die sich selbst zur Reformpartnerschaft ernannt hat und damit wohl einen der größten PR-Coups der jüngsten Landesgeschichte landete. Doch hält das verliehene Prädikat nach den bisherigen Selbstbelobigungen auch einer Überprüfung stand?

Die partnerschaftliche Koalition aus SPÖ und ÖVP ist selbst alles andere als eine Reform: Wie über Nacht präsentierten sich die alten Kontrahenten als neue Freunde – keiner wollte so recht glauben, dass nach fünf Jahren erbittertem Wahlkampf plötzlich Friede zwischen den beiden Großparteien herrschen sollte. Das war keine Reform, das war schon eine Revolte.

Plötzlich und gewaltsam erzwungen durch ein Wahlergebnis, das keine Sieger kannte – auch wenn sich viele so gefühlt haben. Die offizielle Begründung für diesen Wandel von der Kampf- und Krampfkoalition zur Reformpartnerschaft war selbstverständlich eine andere. Der »Wählerauftrag« müsse anerkannt werden und das Land brauche »Reformen« – da war es, das Schlagwort, unter dem nun alles, was in der Steiermark beschlossen wird, an Größe gewinnt. Das Klein-Klein ist vorbei. Ab jetzt ist alles Reform. Dass eine solche selbst auf den ganz großen Bühnen der EU und Deutschlands nicht ohne Probleme vonstattengeht, dürfte da ein schwacher Trost sein.

Das zentrale Moment der steirischen »Reformen« sind die Einsparungen in allen Ressorts um jeweils 25 Prozent – das war zumindest das Ziel. In den meisten Bereichen wurde auch ausgelotet, wie weit man gehen kann, ohne dass die Betroffenen auf die Barrikaden gehen. Aber auch das ist keine Reform, sondern vielmehr eine Kehrtwendung im politischen Selbstverständnis: Statt landesväterlicher Verteilermoralität wird heute die hausmütterliche Sparsamkeit proklamiert. Das mag ein richtiger Weg sein – eine Reform ist es noch lange nicht. Die Neuverschuldung ist immer noch immens, alle Konzentration ist darauf gerichtet, dass sie nicht noch weiter anwächst. Von ausgeglichenen Haushalten oder gar einer Konsolidierung, also Rückzahlung der Schulden, ganz zu schweigen. Aber diese negative Nachricht ist absurderweise das erste Indiz für eine tatsächliche Reform. Denn diese dauert lang, greift langsam und ihr Erfolg ist meist erst spät zu beurteilen.

Weil diese Einsparungen eben nicht nur Einmaleffekte sein sollen, spielt es eine große Rolle, welche Strukturveränderungen auf Einnahmen- und Ausgabenseite vorgenommen werden. Zwei große Posten sind da im Moment in Arbeit:

Gemeindezusammenlegungen

Durch die Zusammenlegung von Kleinst- und Kleingemeinden erhofft sich die Regierung ebenso Einsparungen wie durch die Zusammenlegung von Bezirken. Beides sind mutige Schritte, weil sie den Unmut der Betroffenen kanalisieren und nicht überall auf Ver-

»Wenn Reformen dauerhaft sein sollen, so müssen sie langsam durchgeführt werden.«

NICCOLÒ MACHIAVELLI über die Reform des Staates von Florenz

ständnis stoßen. Aber Beliebtheit war noch nie ein Kriterium für Reformer. Doch auch die Hoffnung, dass man durch die Fusionen Geld sparen kann, könnte ein Trugschluss sein. Vor kurzem musste eine ÖVP-Delegation in Sachsen erfahren, dass die dortigen Gemeindefusionen zwar erfolgreich waren, aber auf die Frage, wie viel denn dadurch gespart wurde, bekamen sie die etwas verdutzte Antwort des sächsischen Innenministers: »Inwiefern eingespart? Es hat eine Menge gekostet!«

Spitalsreform

Eine in Österreich längst überfällige Gesundheitsreform kann die Steiermark nicht allein bewerkstelligen, aber zumindest das vergleichsweise kleine Reförmchen der steirischen Spitäler ist ein wichtiger Anfang. Die zuständige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) hat sich vom landespolitischen Dogma, keinen Spitalsstandort in Frage zu stellen, verabschiedet und Standorte wie Hörgas oder Mariazell aufgelassen. Außerdem wurden Abteilungen benachbarter Spitäler zusammengefasst, ohne die Bundesnormen des Versorgungsniveaus zu gefährden. Bis 2020 sollen so insgesamt 94 Millionen Euro und danach jährlich 22 Millionen Euro eingespart werden. Dazu kommen weitere sechs Millionen Euro jährlich durch eine Neuberechnung des Bundesanteils für das im LKH Graz untergebrachte Universitätsklinikum.

Sollten sich dadurch tatsächlich die geplanten Einsparungen und auch für Patienten die erwünschten Effekte ergeben – nämlich eindeutige Verfügbarkeiten von Ärzten an zentralen Standorten – dann wäre das ein großer Erfolg mit einer kleinen Reform. Denn ohne einen bundesweiten Plan wird sich weiter jedes Land um sich selbst kümmern müssen.

Eine gute Reform kann sich schon zeitlich noch gar nicht erkennen lassen – die Beispiele vergangener Reformen zeigen, wie lang es braucht, bis eine Reform umgesetzt ist und die Fehler korrigiert sind. Selbst dann wird es immer Kritiker geben, die berechnete Einwände vorbringen können. Das deutsche Bundesverfassungsgericht gab zuletzt einer Klage gegen die Bemessung der Hartz-IV-Grundlage statt und die Korrekturen an der Eurozone können wir bei allwöchentlichen Krisengipfeln verfolgen. Die Frage, die man zu jeder Reform stellen muss, ist aber einfach: Was ist besser geworden? Und das lässt sich sowohl für die deutsche Arbeitsmarktreform als auch die Währungsreform sehr deutlich erkennen. Dank ersterer hat Deutschland trotz Krise mehr Erwerbstätige und dementsprechend die geringste Arbeitslosigkeit in Europa, die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen ist seit 2006 (ein Jahr nach der Hartz-Reform) nicht mehr gesunken, sondern um zwei Prozent gestiegen.

Und dank des Euro – bei all den aktuellen Problemen – wurde nicht nur der Zahlungsverkehr von Einzelpersonen in Europa erleichtert. Auch die Wirtschaft hat vom Euro profitiert, weil die Transaktionskosten in die wichtigsten Exportländer gesunken sind. Zudem konnten Länder wie Italien ihre Produkte nicht mehr durch Abwertung billiger machen, sondern mussten sich an den österreichischen und deutschen Qualitätsstandards messen lassen oder wirklich billiger sein. ■

<p>7 Service-Stellen für Pass, Meldezettel und Co.</p>	<p>www.graz.at Infos, News & E-Government</p>	<p>Für frisch gebackene Eltern gibt's alle Urkunden vor Ort</p>	<p>200 Parks & Grünanlagen, davon 74 mit Spielplätzen</p>
<p>Leben retten im Notfall: Defibrillatoren-Standort-App</p>	<p>Naherholung mitten in der Stadt - der Schloßberg</p>	<p>Sport- und Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche</p>	<p>Innovative Wirtschafts- und Standortförderung</p>

Hartz-IV-Reform

Die Reform:

Im Frühjahr 2002 wurde eine Kommission aus Unternehmern und Politikern gebildet, die Strukturen für einen modernen Arbeitsmarkt in Deutschland entwickeln sollte. Den Auftrag gab die damalige deutsche Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder. Diese beschloss im August 2002, die Vorschläge der Kommission in vier Schritten umzusetzen. Dazu zählten:

- Neue Zumutbarkeitskriterien bei der Jobvermittlung – danach muss ein Arbeitssuchender begründen, warum ein Jobangebot unzumutbar ist.
- Arbeits- und Sozialamt werden als Jobcenter zusammengelegt. Sie übernehmen zusätzlich Aufgaben von Jugendämtern etc.
- Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (entspricht der österreichischen Mindestsicherung) werden zusammengeführt. Es wird zwischen Versicherungsleistung (Arbeitslosengeld I) und Steuerleistung (Arbeitslosengeld II) unterschieden.
- Einführung von Mini-Jobs und »Ich-AG«.

Name & Umsetzung

Peter Hartz, Vorstandsmitglied bei VW, war Vorsitzender der Kommission und ihr Namenspatron. Von 2003 bis 2005 traten die vier Gesetze (Hartz I bis Hartz IV) in Kraft.

Erfolge:

Ökonomen sind sich keinesfalls einig, ob die Hartz-Reform als Erfolg zu bewerten ist. Nach einem kurzen Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Jahr 2005 folgte ein bis heute anhaltender Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie ein Anstieg der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um etwa zwei Prozent in den letzten fünf Jahren. Die FAZ schrieb zu Beginn dieses Jahres, dass Deutschland damals jene Reformen durchgeführt habe, die nun ganz Europa brauche.

Misserfolge und Kritik:

Als größter Kritikpunkt gilt, dass zahlreiche Beschäftigte in geringfügig bezahlten Jobs tätig sind und damit in der Arbeitslosenstatistik mitgezählt werden, ohne aber von ihrer Arbeit leben zu können. Die Reformen gelten auch als entscheidendes Moment für die Wahlniederlage von Gerhard Schröder im Jahr 2005 – selbst in der eigenen Partei gibt es seitdem zahlreiche Kritiker, die in der Reform eine Entwertung der Arbeit sehen und eine zu starke Belastung für Bedürftige.

Sowohl der Europäische Gerichtshof als auch das deutsche Bundesverfassungsgericht erklärten einzelne Abschnitte der Hartz-Reform für verfassungswidrig – diese wurden jeweils geändert.

Die schönsten Ausflugsziele Österreichs - zu finden in der Steiermark



Fotos: STG

GENUSS UND SCHÖNHEIT

Die Steiermark, das Grüne Herz Österreichs, besticht durch landschaftliche Vielfalt und Lieblichkeit, kulinarische und lukullische Hochgenüsse sowie eine Gemütlichkeit, die ihresgleichen sucht. Die besondere Vielfalt und Gastlichkeit machen einen Besuch der schönsten Ausflugsziele und ausgezeichneten Kulinariumswirte zu einem unvergesslichen Erlebnis.

Weitere Ausflugsziele unter www.steiermark.com/ausflugsziele
 Tourismusressort - www.tourismus-ressort.steiermark.at

